

Nach den in den Absätzen 1 und 2 für den Melassezucker gegebenen Vorschriften ist auch bei Zucker der sich in einer Privatniederlage ohne amtlichen Mitverschluß befunden hat, die Herstammung aus einer solchen Privatniederlage in den Abfertigungspapieren und Abfertigungsregistern festzuhalten.

2. im §. 7 des Zuckerniederlageregulativs, Zeile 3, hinter dem Worte „Melassezuckers“ die Worte einzuschalten: und des aus einer Privatniederlage ohne amtlichen Mitverschluß herstammenden Zuckers.

Entziehung der Abgaben.

Reichsgerichts Erkenntniß vom 17. 11. 92.

Strafbarkeit der im Inlande geleisteten Beihilfe zu einer in Oesterreich begangenen Zuwiderhandlung gegen die dortigen Zollgesetze.

Gesetz, betreffend die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze, vom 14. Juli 1881, § 3.

Fortgesetzte Straftat. Theilnahme Dritter bei der Begehung einzelner zu der fortgesetzten Handlung des Hauptthäters gehöriger Acte. Mittelbare Beihilfe zur Hauptthat durch Unterstützung der Handlung des Gehilfen.

Strafgesetzbuch § 63, §§ 47, 49.

In der Strafsache gegen 1) die verehelichte Webermeister P. H., geborene B., 2) den Fabrikanten E. H., in N., wegen Zolldefraude,

hat das Reichsgericht, Dritter Strafsenat, am 17. November 1892

für Recht erkannt,

daß auf die Revision der Angeklagten verehelichte H. und H. das Urtheil des R. f. Landgerichts zu B. vom 17. März 1892, insoweit dasselbe die Angeklagten H. und H. verurtheilt hat, nebst den dieser Verurtheilung zu Grunde liegenden Feststellungen aufzuheben und die Sache insoweit zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das R. f. Landgericht zu B. zurückzuverweisen.

Gründe.

Die Revision erscheint begründet.

1) — — — — —

2) In materieller Beziehung giebt das Urtheil zu den wesentlichsten Bedenken Anlaß. Zwar hat der jetzt erkennende Senat keinen Grund gefunden, von dem in seinem Urtheil vom 5. Mai 1883 (Entscheidungen in Strafsachen Band 8 Nr. 80) ausgesprochenen Rechtszuge abzugehen, wonach bei Anwendung des Gesetzes vom 17. Juli 1881 (Reichs-Gesetzblatt Seite 247) die allgemeinen Vorschriften des Deutschen Strafgesetzbuchs über Thäterschaft und Theilnahme mit anzuwenden sind, unter die Bestimmung des § 3 a. a. O. also auch strafbare Unternehmungen in Form der Beihilfe nach Maßgabe § 49 des Strafgesetzbuchs fallen. Ob die Hauptthat wiederum, als von einem Deutschen innerhalb Deutschlands begangen, nur Kraft des mehrerwähnten Gesetzes vom 17. Juli 1881 strafbar ist, oder als von einem Oesterreicher auf österreichisch-ungarischem Boden verübt, nur den Strafvorschriften Oesterreich-Ungarns unterliegt, erscheint unerheblich. Die sonst hinsichtlich der Vergehen gegen ausländische Zollgesetze und der inländischen Beihilfe hierzu geltenden Grundsätze (Entscheidungen in Strafsachen Band 14 Nr. 33) müssen außer Kraft bleiben, sobald Reichsgesetzlich im Wege der Reciprocität die ausländischen Zollgesetze mit unter den Schutz der deutschen Strafgesetzgebung gestellt worden sind. — Sodann war auch die Rechtsauffassung der Vorinstanz nicht zu beanstanden, daß, da strafbare Beihilfe dem Hauptthäter auch in den das Delict lediglich vorbereitenden Handlungen geleistet werden kann, die gegen die Beschwerdeführer festgestellte Thätigkeit — das Aufbewahren und Bereitstellen der einzuschwärmenden Gegenstände auf deutschem Boden zwecks Abholung derselben durch die von jenem der Grenze herüberkommenden Defraudanten — an sich geeignet sein kann, den objectiven Thatbestand strafbarer Beihilfe zu erfüllen.

Dagegen kann die Art und Weise, wie das angefochtene

Urtheil die Schwierigkeit, den Umfang, der von den Beschwerdeführern geleisteten Beihilfe quantitativ festzustellen, durch Annahme eines fortgesetzten Delicts der Hauptthäter umgangen und solchergehalt die Beschwerdeführer für die Gesamtheit der von den österreichischen Gerichten gegen die österreichischen Hauptthäter für erwiesen erachteten Defraudanten verantwortlich gemacht hat, nicht aufrecht erhalten werden. Dem Bereich bloß thatächlicher Bedenken mag es angehören, wenn zunächst darauf hingewiesen wird, daß, soviel ersichtlich, das Urtheil seine Ueberzeugung von dem objectiven Umfang der von D., dem Hauptthäter, verübten Defraudationen ausschließlich auf das zur Verlesung gebrachte Urtheil des R. f. Gefälls-Obergerichts zu W. stützt, dieses Urtheil und seine Gründe von einem einheitlich fortgesetzten Delict des D. nichts erwähnen, vielmehr eine Mehrheit verübter Defraudationen feststellen. Es darf angenommen werden, daß der Instanzrichter sich seiner Pflicht bewußt gewesen ist, die Schuld der Hauptthäter unabhängig von dem Urtheil des W. Gerichts zur Feststellung zu bringen und er daraus sein Recht hergeleitet hat, diese Schuld thatächlich abweichend von der Auffassung des R. f. Oesterreichisch-Ungarischen Gefälls-Ober-Gerichts zu qualificiren. Nun gründet aber das angefochtene Urtheil die Annahme fortgesetzten Delicts und collectiver Delictseinheit lediglich auf die Erwägung, bei der „Gleichartigkeit“ der Defraudationen, dem „Rechtsgut“ und der „Ausführung“ nach, sowie bei dem Fortwirken derselben „Triebfeder“ werde D. „von vorneherein auf Grund eines einheitlichen, alle künftigen Einzelaacte umfassenden Entschlusses gehandelt haben“. Diese Begründung ist unhaltbar. An sich bieten die Delicte der Zollhinterziehung für die Frage einheitlich fortgesetzter oder realconcurirender Delictsverübung praktisch den geringsten Anlaß, da die der Regel nach durch den Geldbetrag der hinterzogenen Zutraten bemessene Strafe genau dieselbe bleibt, ob Delicts-Einheit oder Mehrheit unterstellt wird. Theoretisch wird insbesondere dann die Annahme eines einheitlich fortgesetzten Delicts der Zollhinterziehung nahe gelegt sein, wenn beispielsweise die Einschwärmung einer zu diesem Zweck angesammelten Waarenmasse in Frage steht, und die Einschwärmung dieser einheitlichen Masse stückweise in Einzelaecten nach einander erfolgt. Vorliegendenfalls handelt es sich um eine Reihe der verschiedensten Waarenanschaffungen (Ganz- und Halbsiede, Kurz- und Metallwaaren etc.), welche D. im Laufe von 2 1/2 Jahren successive bewirkt, ebenso successive in einzelnen Packeten nach der Grenze hat spediren lassen, und die sodann unter Hinterziehung des Eingangszolls nach Oesterreich eingeführt worden sind. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß diese Waarenanschaffungen auf den verschiedensten, mit den verschiedensten Verkäufern zu den verschiedensten Zeiten unter den wechselndsten Handels-conjuncturen über die verschiedensten Dinge abgeschlossenen Kaufverträgen, und ebenso die einzelnen Waarensendungen bald an diese, bald an jene Adresse auf den verschiedensten Speditiosaufträgen, beruhen müssen. Mag daher immerhin D. „von vorneherein“ entschlossen gewesen sein, der österreichischen Zollkasse durch Einschwärmung möglichst vieler Waaren möglichst viel Eingangszoll zu hinterziehen: so wenig er aber im März 1886 voraussehen und auch nur eventuell vorausbestimmen konnte, welcherlei Waaren er im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre nach Maßgabe der Handelsconjuncturen anschaffen und nach Oesterreich zu importiren ein Interesse haben werde, so wenig kann sein damaliger Wille strafrechtlich schon alle vom März 1886 bis Oktober 1888 auszuführenden Defraudationen umfaßt haben. Das Urtheil hat daher offensichtlich